

Correspondenzblatt

der

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Erscheint nach Bedarf,
voraussichtlich
jeden Montag.

Das Blatt wird den Vorständen der
Zentralvereine, den Vertrauensleuten
der Gewerkschaften und den Redaktionen
der Arbeiterzeitungen gratis zugestellt.

Redaktion und Verlag:
G. Legien,
Zollvereins-Niederlage,
Wilhelmstr. 13, I.

Die Zentralisation der Mannheimer Gewerkschaften und ihre Thätigkeit im Jahre 1893.

Im letzten Quartal des Jahres 1892, im Monat November, faßte die Zentralisation der Gewerkschaften Mannheims wie auch in verschiedenen anderen Städten den Beschluß, eine Arbeitslosenstatistik aufzunehmen, und benutzte dazu den von Dr. Ab. Braun-Berlin zu diesem Zwecke ausgearbeiteten Fragebogen. Ueber das Resultat ist in diesem Blatte seinerzeit berichtet worden und kann ich deshalb von einer Wiedergabe hier absehen. Auf Grund des Ergebnisses dieser Arbeitslosenstatistik wurde dann an die städtische Verwaltung die Forderung auf Beschaffung von Nothstandsarbeiten für die Beschäftigungslosen gestellt, der dann auch — allerdings in sehr primitiver Weise — entsprochen wurde. Die Arbeitslosen wurden theils mit Schrottschlägen, theils mit Erdarbeiten am neuen Park beschäftigt. Seitens der Mannheimer Stadtverwaltung sind für diesen Zweck M. 34 000 für 17 000 Tagewerke ausgeworfen worden. Die Nothstandsarbeiten wurden unter Aufsicht von durch die Arbeitslosen gewählt und von der Zentralisation und den städtischen Behörden beaufsichtigten Aufsehern geleitet. Die Arbeiten selbst wurden im Kollektivafford ausgeführt, so daß die Entlohnung für alle Beschäftigten, mit Ausnahme der Aufseher, die direkt aus der Stadtkasse mit M. 2,50 pro Tag entlohnt wurden, die gleiche war. Vom Dezember bis Anfang März währten diese von der Stadt in Angriff genommenen Nothstandsarbeiten, ohne daß man gerade sagen könnte, dieselben hätten seitens der Arbeitslosen ungetheiltes Lob gefunden; auch die Zentralisation war mit dem Resultate nicht besonders zufrieden, doch war zur Zeit eben nicht mehr zu erreichen.

Mehr Erfolg hatte die Zentralisation schon mit der von dem Brauerverband in Szene gesetzten und von den vereinigten Gewerkschaften durchgeführten Lohnbewegung der Mannheim-Ludwigshafener Brauereigehülfen, deren Forderungen: Gewährung eines Wochenlohnes von M. 24 für gelernte Brauer, Einführung zehnstündiger Arbeitszeit, Bezahlung der Ueberstunden mit 40 % pro

Stunde, freies Koalitions- und Vereinigungsrecht, Wohnung außerhalb der Brauerei usw. — von sämtlichen Mannheimer und Ludwigshafener Brauereien akzeptirt wurden.

Als ein weiterer Erfolg kann die am 11. April stattgehabte Gewerbegerichtswahl bezeichnet werden, bei welcher sämtliche von den vereinigten Gewerkschaften aufgestellten Kandidaten mit großer Majorität über die von der Vereinigung nichtsozialdemokratischer Arbeiter aufgestellten gewählt wurden.

Angeregt von diesen beiden Erfolgen und bestrebt, die gewerkschaftliche Organisation auf immer weitere Kreise auszudehnen, beschloß die Zentralisation der Gewerkschaften die Bildung eines gewerkschaftlichen Agitationscomités gleich demjenigen der sozialdemokratischen Partei des 11. badischen Reichstagswahlkreises.

Durch die am 6. Mai v. J. erfolgte Auflösung des Reichstags und die darauf folgende Neuwahl für den Reichstag trat in der gewerkschaftlichen Agitation ein Stillstand ein, der sich indes noch lange nach der Reichstagswahl leider recht fühlbar machte.

Dennoch kann man nicht gerade behaupten, das Agitationscomité hätte seine Aufgabe nicht erfüllt. Unter seiner Mitwirkung wurden drei Gewerkschaften — der Seilerverband Mannheim, der Fachverein der Dockarbeiter und die Zahlstelle Neckarau des Deutschen Metallarbeiterverbandes — neu resp. wieder gegründet; ferner hat sich hier noch ein Arbeiterinnenverein gebildet, der gleichfalls sich der Zentralisation der Gewerkschaften angeschlossen; ein weiteres Feld seiner Thätigkeit glaubte das Agitationscomité in der Veranstaltung populärer Vorträge zu erblicken; es wurden denn auch zwei Vorträge dieser Art veranstaltet, der eine von Dr. Müdt im „Badener Hof“ abgehaltene Vortrag, welcher als Thema: „Die erworbenen Rechte und der Kampf um's Dasein“ hatte, war von mehreren hundert Personen besucht; der andere von Dr. Marcuse gehaltene Vortrag hatte zum Thema: „Die Wirkungen des

die Entscheidung der letzten Konferenz bezüglich eines gesetzlichen Achtstundentages bestätigte.“ Diese Aenderung wurde mit 232 Stimmen gegen 163 angenommen. Die ganze Sitzung des dritten Tages war der ferneren Diskussion der Frage gewidmet und über zahlreiche Aenderungsvorschläge wurde berathen und entschieden. Schließlich entschied der Kongreß mit 344 Stimmen gegen 73 auf Antrag von Mr. Keir Hardie: „Daß die Gesetzgebung zur Regulirung der Arbeitszeit auf acht Stunden pro Tag für alle Gewerbe und Berufe bindend sein soll, ausgenommen dort, wo die Mehrzahl der organisirten Mitglieder irgend eines Gewerbes oder Berufes laut Abstimmung dagegen protestirt.“ Der Kongreß faßte Beschlüsse in Bezug auf das „Schwigen“ und die Bezahlung der Mitglieder des Parlaments, das Gesetz, betreffend das Einschreiben der Geschworenen in Listen, Fabrik-Inspektion und „ein Mann eine Stimme“.

Fünfundzwanzigster Kongreß, Glasgow, 1892. Der fünfundzwanzigste Kongreß trat am 5. September in der City Hall, Candleriggs, Glasgow, zusammen. Die Zahl der anwesenden Delegirten war 495, die der vertretenen Gewerbe 418 und die der Mitglieder 1219 934. Der Bericht des parlamentarischen Comité's ging auf viele der im Jahresbericht erwähnten Gegenstände ein, wies außerdem auf die Notwendigkeit der Vermehrung der Inspektoren für Bergwerke, Fabriken und Eisenbahnen hin und spielte auf die Aenderungen in der Geschäftsordnung an. Mr. S. Woods, Parlamentsmitglied, beantragte eine Resolution, welche die Tätigkeit des parlamentarischen Comité's mit Bezug auf die Achtstunden-Bill der Vergleute als ungenügend und mit dem im letzten und in früheren Kongressen gefaßten Beschluß unvertäglich tadelte. Aber der Antrag ging nicht durch, da 121 für und 289 gegen die Resolution stimmten. Das parlamentarische Comité wurde beauftragt, einen internationalen Kongreß zusammen zu berufen, um über die Frage einer internationalen Reduzirung der Arbeitszeit auf 8 Stunden pro Tag zu berathen. Die Delegirten eines schottischen Vereins wurden ausgeschlossen, weil ihre Vereinigung der Gaunerei schuldig gewesen sei. Das parlamentarische Comité wurde ersucht, eine Ge-

setzvorlage zu unterstützen, welche die Arbeitszeit auf 8 Stunden pro Tag oder 48 Stunden pro Woche in allen Gewerben und Berufsarten festsetzt. Mit Ausnahme für die Vergleute sollte das Gesetz aber eine Klausel enthalten, nach welcher die organisirten Arbeiter eines Gewerbes durch Mehrheitsbeschluß sich von dieser Anordnung freimachen könnten. Das parlamentarische Comité wurde ferner beauftragt, in das Nachhaus-Regulirungsgesetz eine Klausel einzufügen, nach welcher das Wachen bei Nacht verboten werden sollte. Die revidirte Geschäftsordnung wurde genehmigt. Unter den anderen Gegenständen, die zur Verhandlung kamen, waren: Die Arbeitervertretung, die Schiffahrtsgesetzgebung und die Versicherungs-Aemter.

Ueber den Kongreß, der im vorigen Jahre vom 4. bis 9. September in Belfast stattfand und der sechszwanzigste seiner Art war, haben wir schon im „Correspondenzblatt“ (Nr. 20, 1893) berichtet und diesem Bericht wichtigere Vorkommnisse nicht mehr hinzuzufügen. Diese kurzen Uebersichten über die Verhandlungen der englischen Gewerkschaftskongresse zeigen uns, daß diese Organisationen seit den ersten Jahren ihres Bestehens auf die Gesetzgebung einzuwirken suchten, also politisch thätig waren, wenn auch nicht in dem Sinne, wie dies in Deutschland geschieht. Mit dem Beschluß des letzten Kongresses, daß nur solche Parlamentskandidaten zu unterstützen seien, welche auf dem Boden des Kollektiveigenthums an den Produktionsmitteln und der gesellschaftlichen Austheilung der Konsummittel stehen, sind die englischen Gewerkschaften völlig auf den Boden des internationalen Sozialismus getreten. Es wird eine Frage ganz kurzer Zeit sein, daß auch die letzten trennenden Punkte zwischen den englischen Gewerkschaften und den festländischen Sozialisten schwinden. Der Entwicklungsgang, den diese Organisationen durchgemacht haben, zeigt uns deutlich, daß die Arbeiter, welche durch die Organisation ihre Lage zu verbessern streben, wenn auch langsam, so doch sicher zum Sozialismus kommen und die Hoffnung, auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung die Gleichberechtigung mit den besitzenden Klassen zu erringen, immer mehr aufgeben.

Quittung über bei der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in der Zeit vom 26. Februar bis 8. März 1894 eingegangene Gelder.

Quartalsbeitrag (4. Qu. 93) des Zentralverbandes der Maurer	M. 491,05
Quartalsbeitrag (4. Qu. 93) des Verbandes der Fabrik- und landwirthschaftlichen Hilfsarbeiter	„ 190,—
Quartalsbeitrag (?) Bergolder Berlins durch Nary	„ 10,—
Zur Deckung des Defizits sind eingegangen:	
Bergolder Berlins durch Nary	M. 10,—

A. Demuth,
Hamburg, Poolstr. 41, 2. Et.

Zur besseren Orientierung möge hier eine tabellarische Uebersicht über den Stand der Mannheimer Gewerkschaftsbewegung folgen:

Laufendenummer	Name der Organisation	Durchschnittlicher Tagelohn		Durchschnittl. tägliche Arbeitszeit in Stunden	Zahl der organisierten Arbeiter	Zahl der im Beruf Beschäftigten
		Mk.	Pf.			
1	Bildhauer-Verein	4	—	10	13	15
2	Fachverein der Böttcher	2	85	11	70	300—400
3	Zentralverband der Brauer	4	—	11 1/2	135	160
4	Buchbinder-Verband, Zahlstelle Mannheim	2	90	10	30	62
5	Verband der deutschen Buchdrucker, Bezirksverein Mannheim	3	75	10	124	180
6	Zentral-Verband der Glaser und Berufsgenossen Deutschlands	3	30	10 1/2	22	45
7	Vereinigung der Maler, Tüncher, Lackirer und verw. Berufsgenossen, Fachverein Mannheim	3	50	11	22	330—400
8	Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltungsstelle Mannheim	3	10	11	180	4000
9	Vereinigung der Schmiede Deutschlands	3	30	11	40	475
10	Deutscher Schneider- u. Schneiderinnen-Verband, Zahlst. Mannheim	2	80	14	70	600
11	Verein der Schuhmacher, Filiale Mannheim	2	—	1	73	200
12	Unterstützungsverein der Tabak-Arbeiter, Filiale Mannheim	2	50	9 1/2	42	90, davon 40 Wickelm.
13	Allgemeiner Unterstützungsverein Deutscher Töpfer, Zahlst. Mannheim	exkl. Wickelm.		3	15	10
14	Allgem. Unterstützungsverein Deutscher Töpfer, Zahlst. Friedrichsfeld	(wöch.) 20		—	10	39
15	Verband deutscher Zimmerer u. verw. Berufsgen., Zahlst. Mannheim	3	30	10 1/2	74	300—320
16	Deutscher Holzarbeiter-Verband, Zahlstelle Weinheim	2	70	10 1/2	45	180
17	Deutscher Holzarbeiter-Verband, Zahlstelle Mannheim	2	90	10 1/2	150	550
18	Verband der Seiler, "Reepschläger und" Hänfner Deutschlands, Lokalverband Mannheim	Afford		3	30	11
19	Verein der Lithographen, Steinbruder und verw. Berufsgenossen Deutschlands, Zahlstelle Mannheim	wöchentlich		23	—	10
20	Arbeiterinnen-Verein "Einigkeit"	6	—	12	—	10
21	Sattler-Verband	18	—	10	—	30
22	Verband der Spengler	18	—	10	—	70
23	Verband der Heizer und Maschinisten	22	—	10	—	100
24	Verband der Former	3	50	10	—	130
25	Metallarbeiter-Verband, Redarau	3	—	10	—	20
26	Verband der Barbier, Friseure und Perrückenmacher, Zweigverein Mannheim	4,50-5 wöch., freie Station		13—15	—	25
						70—90

Nach dieser Aufstellung wären also in Mannheim 1569 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter. Diese Aufstellung ist aber noch unvollständig, weil, wie schon gesagt, seitens fünf Gewerkschaften überhaupt keine Angaben gemacht wurden. Nach einer früheren statistischen Aufnahme gerechnet, dürften in diesen drei Gewerkschaften — Fachverein der Dockarbeiter, Verband der Dachdecker und Gärtnerverein „Edelweiß“ — ungefähr 200 Mitglieder vereinigt sein, so daß sich die Zahl der organisierten Arbeiter (ausschließlich der Hirsch-Dunder'schen) auf rund 1800 stellen dürfte.

Eine winzige Zahl gegenüber der gewaltigen Arbeitermasse, die in Mannheim ihrem Erwerbe nachgeht; von 18000 Arbeitern sind mit knapper Noth 1800 in gewerkschaftlichen Organisationen vereinigt; also gerade zehn Prozent. Es ist das gewiß kein besonders rühmliches Zeugnis für die erste Industriestadt Badens. Am schwächsten organisiert sind natürlich die Arbeiter in der Nahrungs- und Genussmittel-Branche — eine Gewerkschaft (Brauer) mit 135 Mitgliedern —, dann aber auch diejenigen im Baugewerbe, das ebenfalls nur mit einer Gewerkschaft (Zimmerer) mit 74 Mitgliedern aufgeführt ist; nicht viel besser sieht es mit der Organisation in der Metallindustrie aus; ungefähr 400 organisierte Arbeiter stehen 6000 nicht organisierten gegenüber; auch der Holzarbeiterverband hat trotz der Verschmelzung dreier Gewerkschaften: Tischler, Drechsler und Wagner — keinen solchen Zuwachs erhalten, welcher der Zahl der in der Holzindustrie beschäftigten Arbeiter auch nur einiger-

maßen entspräche; ganz ähnlich liegt es auch in allen übrigen Branchen. Die Zentralisation der Gewerkschaften Mannheims ist von ihrem Hauptziel: alle hier beschäftigten Arbeiter in der gewerkschaftlichen Organisation zu vereinigen, noch sehr weit entfernt.

Trotzdem kann auch im abgelassenen Jahre, trotz der äußerst ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse ein — wenn auch nur kleiner — Fortschritt in der gewerkschaftlichen Organisation konstatiert werden. Freilich wäre es auch am Platze, wenn die seitens einiger Genossen den Gewerkschaften gegenüber beobachtete Haltung eine etwas entgegenkommendere würde, es wäre dies von eminentem Vortheil für die gewerkschaftliche sowohl wie für die politische Organisation.

Ganz recht hat Genosse Kautsky, wenn er in Nr. 17 der „Neuen Zeit“ in seinem Artikel: „Stellung zu den Gewerkschaften“ sagt: Es giebt Leute, die annehmen, die Zeit für die Gewerkschaften sei vorbei. Was diese bisher für einzelne Arbeiterthemen geleistet, müsse nun vom Staat für die gesammte Arbeiterklasse geleistet werden. Jeder politische Sieg der Arbeiterklasse, z. B. jedes Arbeiterschutzgesetz, bedeute eine Eingengung des Wirkungsbereiches der Gewerkschaften und habe die Tendenz, sie überflüssig zu machen.

Nichts irriger als Das. Manche Aufgaben, z. B. die Versicherung der Arbeiter gegen Krankheit, Unfälle usw., kann ja der Staat den Gewerkschaften abnehmen, aber eine Reihe wichtiger gewerkschaftlicher Funktionen wird er nie aus-

Alkoholismus", und war gleichfalls gut besucht, ein Beweis mehr, wie willkommen solche Vorträge der hiesigen Arbeiterschaft sind. Das Agitationscomité möge in diesem löblichen Bestreben nur nicht erlahmen.

Eine weitere Thätigkeit des Agitations-Comités im letzten Jahre bestand darin, daß es sich der Mühe unterzog, eine Statistik über die Zahl der hiesigen Gewerkschaften, über die Stärke derselben, über die Arbeitszeit und die Lohnverhältnisse der hiesigen Arbeiter, soweit deren Branchen in einer gewerkschaftlichen Organisation vereinigt sind, aufzunehmen.

Im Laufe des letzten Jahres nahm die Zentralisation auch eine kleine Reorganisation ihres Vertretungsmodus vor, und zwar so, daß Gewerkschaften bis zu 40 Mitgliedern zwei Delegirte senden, für je weitere 40 Mitglieder wird ein Delegirter gewählt. Dementsprechend wurde auch die Beitragsleistung geregelt, ferner wurde im Laufe des verfloffenen Jahres beschlossen, ein Auskunftsbureau zu errichten, welches Auskunft zu geben hat

- a) in allen gewerblichen Streitfragen;
- b) in allen Angelegenheiten, welche die Kranken-, Unfall-, Alters- und Invaliden-Versicherung betreffen.

Die unentgeltliche Auskunft wird erteilt: Dienstag und Freitag, Abends von 8 bis 10 Uhr, Sonntag Vorm. von 10 bis 12 Uhr.

Die zur Auskunft geeignete Person wird von den Delegirten der Zentralisation gewählt. Ein fernerer Antrag bestimmte, daß über sämtliche abgehaltene Delegirtenitzungen in der „Volksstimme“ berichtet werden solle, dabei sollen jedesmal diejenigen Gewerkschaften namhaft gemacht werden, deren Delegirte in der Sitzung nicht anwesend waren; dieser Modus hat sich bis jetzt vortrefflich bewährt, und dürfte allen Gewerkschafts-Kartellen zu empfehlen sein. Kurz vor Schluß des Geschäftsjahres wurden die hiesigen Gewerkschaften noch durch die Aussperrung der dem Seilerverbande angehörigen Mitglieder in der Seilindustrie Neckarau überrascht. Die Aussperrung erfolgte, weil der Direktor dieser Fabrik nicht dulden wollte, daß die unter seiner Botmäßigkeit stehenden Arbeiter einer gewerkschaftlichen Organisation angehören. Infolge des großen Zuzuges war es trotz der reichlichen Unterstützung der hiesigen und auswärtigen Arbeiterschaft nicht möglich, den Widerstand dieses Direktors zu brechen. Die meisten vakanten Stellen wurden durch Streikbrecher besetzt, und so waren die an der Aussperrung Theiligten gezwungen, sich anderswo Arbeit zu suchen. Trotzdem ist es nicht gelungen, die Organisation zu vernichten; dieselbe steht fester denn je.

Wie im Winter 1892/93, so wurden auch in diesen Winter (1893/94) seitens der Zentralisation Arbeitslosenversammlungen abgehalten, um Mittel und Wege ausfindig zu machen, wie den arbeitslos gewordenen Brüdern geholfen werden könne. Man einigte sich dahin, eine fünfgliedrige Deputation an die Stadtverwaltung abzuschicken, um von dieser Nothstandsarbeiten für die Beschäftigungslosen zu fordern und gleichzeitig das Verlangen zu stellen, daß für Alle mit Nothstandsarbeiten Beschäftigten ein Tagelohn von M. 2,30 bezahlt werden solle.

Auf die erste Forderung ging die Stadtverwaltung ein und verschaffte den Arbeitslosen Arbeit mit Schrottschlagen. Die zweite Forderung jedoch, Gewährung eines Tagelohnes von M. 2,30, wurde seitens der Stadtverwaltung abgelehnt. Die Zentralisation verzichtete daraufhin auf die fernere Mitwirkung an der Organisation der Nothstandsarbeiten für die Beschäftigungslosen.

Nur ganz kurz sei noch die Agitation für die Vertretterwahl der Arbeitnehmer zur Ortskrankenkasse I erwähnt. Unverändert und einstimmig ging die von den Gewerkschaften ausgegebene Liste der Arbeitnehmer aus der Urne hervor.

Die von Seiten der Zentralisation beschlossene Einrichtung eines Unterrichtskurses für erste Hülfsleistung bei Unglücksfällen wurde der Ortskrankenkasse I überwiesen und von dieser unter großer Theilnahme seitens der Arbeiter weitergeführt.

Im Ferneren beschloß die Zentralisation noch die Unterstützung der von Dr. Deurer, Karlsruhe, geplanten statistischen Aufnahme über Arbeiterwohnungen.

Zu diesem Zwecke wurden 2000 Fragebogen ausgegeben. Auf 31 Fragen hat der Arbeiter über seine Wohnungsverhältnisse Auskunft zu geben. Wir werden z. Bt. das Resultat dieser statistischen Aufnahme an dieser Stelle veröffentlichen.

Aus dem Bericht der Bibliothekskommission ist zu entnehmen, daß die von den vereinigten Gewerkschaften unterhaltene Bibliothek im abgelaufenen Jahre von 230 Mitgliedern aus 21 Gewerkschaften benutzt wurde; am stärksten war die Benutzung seitens der Friseur (35) am schwächsten bei den Gärtnern (1). Die Frequenz ist mit Rücksicht auf den recht bescheidenen Umfang unserer Bibliothek eine recht gute zu nennen. Wünschenswerth wäre es im Interesse der gesamten organisirten Arbeiterschaft, wenn dem Lesebedürfnis der Mitglieder etwas mehr Rechnung getragen würde, doch dürfte dies wohl, wenigstens für die allernächste Zeit, angesichts der nicht besonders günstigen finanziellen Lage der Zentralisation ein frommer Wunsch bleiben.

Dem Bericht der Gewerbebeschwerbekommission, den wir demnächst besonders behandeln werden, sei nur entnommen, daß dieselbe im verfloffenen Jahre wiederholt Veranlassung hatte, mit dem Fabrikinspektorat in Verbindung zu treten. Doch ist zu bemerken, daß seitens der hiesigen Arbeiterschaft dieser Kommission noch nicht das Interesse entgegengebracht wird, wie es im Interesse einer ordnungsgemäßen richtigen Durchführung der Arbeiterschutzgesetzbestimmungen nothwendig wäre. Es dürfte zu hoffen sein, daß für die Folge auch hierin eine Besserung eintreten wird, im Interesse der gesamten Arbeiterschaft.

Die bereits oben erwähnte statistische Aufnahme über die Stärke der einzelnen Gewerkschaften, die Zahl der im Beruf Beschäftigten, die Lohnsätze und die Arbeitszeit der einzelnen Branchen ergab nachstehendes Resultat:

Zur Zeit gehören der Zentralisation 32 Gewerkschaften an, gegen 28 im Vorjahre. Von diesen haben aber nur 26 Auskunft auf die gestellten Fragen gegeben.

üben können. So wird z. B. der Kampf um den Lohn, so lange das Lohnsystem besteht, immer eine Aufgabe der Gewerkschaften bleiben. Die gesetzliche Feststellung eines Minimallohnes ist eine Utopie; wohl aber sind Gewerkschaften mitunter im Stande, Minimallöhne festzusetzen und zu erzwingen.

Aber auch der Kampf um den Arbeitstag wird stets eine Sache der Gewerkschaften bleiben. Der gesetzlich festgesetzte Normalarbeitstag macht diesem Kampf nicht ein Ende, er fördert ihn vielmehr. Denn er ist nur ein Maximalarbeitstag. Er hindert nicht die Arbeiter begünstigter Gewerbe in ihren Bestrebungen, weitere Verkürzungen ihrer Arbeitszeit auf gewerkschaftlichem Wege durchzusetzen, sondern gewährt ihnen eine Stütze dabei. Gerade der Normalarbeitstag hat sich in manchen Gewerben als das mächtigste Förderungsmittel der gewerkschaftlichen Organisation erwiesen.

Und wenn die Gesetzgebung den Gewerkschaften manche Aufgaben abnimmt, so erwachsen ihnen wieder neue; entweder aus der Gesetzgebung selbst — z. B. die Ueberwachung ihrer Durchführung — oder der ökonomischen Entwicklung im Allgemeinen.“

Noch schärfer spricht sich Carl Marx aus, als er im Gegensatz zu den liberalen Ökonomen, wie

zu den Sozialisten s. B. auf die Bedeutung der Gewerkschaften für den Klassenkampf hinweist, indem er sagt:

„Trotz beider, trotz Handbücher und Utopien, haben die Arbeiterkoalitionen (Gewerkschaften) keinen Augenblick aufgehört, mit der Entwicklung und der Zunahme der modernen Industrie sich zu entwickeln und zu wachsen. Das ist heute so sehr der Fall, daß der Entwicklungsgrad der Koalitionen in einem Lande genau den Rang bezeichnet, den dasselbe in der Hierarchie des Weltmarktes einnimmt. England, wo die Industrie am höchsten entwickelt ist, besitzt die umfangreichsten und bestorganisierten Koalitionen.“

Diese vor einem halben Jahrhundert ausgesprochenen Worte Marx' haben auch heute noch ihre volle Berechtigung.

Aufgabe nicht allein der leitenden Personen der Zentralisation der Gewerkschaften, sondern jedes organisierten Arbeiters muß es daher sein, unaufhörlich darauf bedacht zu sein, den Gewerkschaften neue Mitglieder, neue Kämpfer zuzuführen, dann wird es auch diesen möglich sein, den ihnen gestellten Aufgaben gerecht zu werden.

Philipp Teufel.

An die Vorstehenden der örtlichen Gewerkschaftskartelle und Vertrauensleute.

In den letzten Tagen sind die Flugblätter für die Arbeiter der Nahrungsmittelindustrie zur Versendung gekommen und dort, wo keine Adressen von Vertrauensleuten der Arbeiter der Nahrungsmittelindustrie vorhanden sind, an die Vertrauensleute anderer Gewerkschaften gesandt worden. An diese richten wir nun die dringende Bitte, daß sie sich die Verbreitung der Blätter angelegen sein lassen möchten. Auch bei den in wenigen Wochen

stattfindenden Versammlungen der Arbeiter der Nahrungsmittelindustrie werden die Vertrauensleute in den einzelnen Orten die Einberufungsarbeiten übernehmen müssen, und hoffen wir auch hier, daß die betreffenden Genossen sich der Sache mit dem Ernst und der Wärme widmen, welche notwendig sind, um einen Erfolg der Agitation herbeizuführen.

Die Generalkommission.

Situationsbericht.

Die Feingoldschläger der Firmen Lang & Müller in Cannstatt und Carl Müller's Nachfolger, Luitphen in Stuttgart, haben am 26. Februar die Arbeit eingestellt. Schon am 10. Februar wurde den Arbeitern dieser Fabriken ein neuer Lohn tarif vorgelegt, der eine so bedeutende Lohnreduktion herbeiführte, daß den Arbeitern ein Lohnausfall von mehreren Mark pro Woche entstanden wäre. Die Arbeiter beschloffen, diese Lohnreduzierung eventuell durch eine Arbeitseinstellung zu verhindern. Die Arbeitgeber erklärten, als sie die feste Haltung der Arbeiter sahen, daß diese noch weitere 14 Tage zu dem bisherigen Lohn tarif arbeiten sollten. Am 23. Februar kamen die Prinzipale aber wiederum mit einem neuen Lohn tarif, der zwar etwas weniger, immerhin aber noch erheblich die bisherigen Preise herabsetzte. Es erfolgte hierauf die Arbeitseinstellung und wurde unmittelbar mit den Fabrikanten über die Sachlage verhandelt. Es wurde eine mündliche Vereinbarung dahin getroffen, daß die alten Löhne bestehen bleiben sollten und nur

für verunglückte Arbeit ein Abzug am Lohn ein treten sollte. Als die Arbeiter nunmehr aber die Arbeit wieder aufnehmen wollten, wurde ihnen abermals ein Schriftstück vorgelegt, welches ganz andere Bestimmungen enthielt, als mündlich vereinbart war, Bestimmungen, die für die Arbeiter unannehmbar waren. Ferner sollten diese Bestimmungen zunächst für ein halbes Jahr probeweise in Kraft treten. Da aber nach den Erfahrungen solche Festsetzungen, einmal angenommen, nicht so leicht wieder zu beseitigen sind, so konnten sich die Arbeiter auch hiermit nicht einverstanden erklären und wurde deshalb der Streik fortgesetzt.

Es stehen 42 Personen im Ausstand. Davon sind 8 verheiratet, 15 ledig und 19 Arbeiterinnen. Die Ausstehenden ersuchen dringend, den Zugang von Goldarbeitern fernzuhalten.

Adresse: Streikkomité der Feingoldschläger, „Gasthaus zum Hirsch“, Stuttgart.

Die Generalkommission.

Die nächste Nummer des „Correspondenzblattes“ erscheint Montag, 2. April.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.